Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 61, 2011

1. Artikel: Schmutziges oder ethisches Öl? (04.10.2011)

Die Gewinnung von Öl aus Teersand rückt aufgrund des zunehmenden „Ölhungers“ in der Welt und speziell den USA zusehends in den Fokus. Dabei rufen die aus dieser Form der Rohstoffgewinnung resultierenden ökologischen Schädigungen immer öfter Umweltaktivisten auf den Plan, wie aktuell in Kanada.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“** und **„Umweltschutz“**

1. *Ermitteln Sie, wie Öl aus Teersand konkret gewonnen werden kann. Beschreiben Sie auch die hiermit einhergehenden ökologischen Folgen.*
2. *Legen Sie dar, inwieweit von politischer und wirtschaftlicher Seite Hoffnungen in diese Form der Ölgewinnung gesetzt werden.*
3. *Fassen Sie die aktuellen Konflikte um die Gewinnung und den Transport von Öl aus Teersand in Kanada zusammen. Benennen Sie die Kontrahenten und geben Sie deren Argumentationen wieder.*
4. *Recherchieren Sie weitere Beispiele für Konflikte zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen im Rahmen der Energiegewinnung. Arbeiten Sie dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum vorliegenden Beispiel heraus.*

2. Artikel/Grafik: Nabucco-Projekt ist gescheitert (06.10.2011)

Nach Ansicht deutscher sowie russischer Experten steht das Nabucco-Pipeline-Projekt, das erstmals die reichen Gasreserven um das Kaspische Meer unter Umgehung Russlands an Europa anbinden sollte, vor dem endgültigen Aus. Damit nimmt die Gefahr einer zunehmenden Abhängigkeit Europas von Russland im Gasmarkt zu.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“, „Energiepolitik“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Benennen Sie die wesentlichen Erdgasquellen, aus denen Europa seinen Bedarf speist.*
2. *Legen Sie die generellen Pläne und Zielsetzungen des Nabucco-Pipeline-Projektes dar.*

3. *Arbeiten Sie heraus, weshalb nach Ansicht der im Artikel genannten Experten eine Projektrealisierung unwahrscheinlich erscheint. Ermitteln Sie die hierfür im Wesentlichen verantwortlichen Faktoren.*

4. *Erläutern Sie die Auswirkungen des Projektscheiterns für die europäischen Abnehmerstaaten. Erschließen Sie die hieraus resultierenden Folgewirkungen und Abhängigkeitsverhältnisse.*

3. Artikel: Bad Bank für die Atomkraft (06.10.2011)
4. Artikel: Pläne für Atomstiftung stoßen auf Skepsis (07.10.2011)

„[Derzeit] diskutieren Führungskräfte der Atombranche und Politik einen Geheimplan, nach dem die Kernkraftwerke in eine Stiftung ausgegliedert werden könnten. Das soll die Bilanzen von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall entlasten, im Gegenzug aber den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Erarbeitet wird das Modell von der Investmentbank Lazard.“ Die bekannt gewordenen Geheimpläne rufen dabei unterschiedliche Reaktionen in Politik, bei Gewerkschaften und Branchenvertretern hervor.

➢ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Arbeiten Sie die Folgen des Atomausstiegs für die Betreiber von Kernkraftwerken heraus. Ermitteln Sie hierzu konkrete Zahlen.*

2. *Fassen Sie die bekannt gewordenen Geheimpläne bzgl. der Auslagerung der Atomkraftwerke in eine eigens zu gründende Stiftung zusammen. Benennen Sie die hierin involvierten Akteure sowie deren Zielsetzungen.*

3. *Geben Sie die Reaktionen von Branchenvertretern, politischen Entscheidungsträgern und Gewerkschaften wieder. Analysieren Sie deren wesentliche Interessen sowie die auftretenden Konfliktlinien.*

4. *Setzen Sie sich mit den Realisierungschancen der Stiftungsidee auseinander. Begründen Sie hierbei Ihre Einschätzungen, indem Sie wesentliche Hürden für die Realisierung erörtern.*

5. Artikel: Klimapolitik: Gutachten stärkt EU gegen Kläger (07.10.2011)

Ab 2012 soll der europäische Flugverkehr in den CO_2-Zertifikatehandel einbezogen werden. Dies bedeutet für alle Fluglinien, die von Europa aus starten oder dort landen, dass sie Emissionszertifikate erwerben müssen. Hiergegen wehren sich die ausländischen Fluglinien auf juristischem Wege.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Umweltschutz“**

1. *Fassen Sie die Pläne der Europäischen Union (EU) zur Ausweitung des CO_2-Zertifikatehandels ab 2012 zusammen.*
2. *Arbeiten Sie die konkreten Folgen für Fluggesellschaften, die von und nach Europa fliegen, heraus. Analysieren Sie, inwieweit diese Folgen die Unternehmen in einer Zeit besonderer Unsicherheit treffen.*
3. *Legen Sie dar, wie nicht-europäische Fluganbieter auf die EU-Vorgaben reagieren. Erläutern Sie hierbei die verfolgten Interessen sowie die eingeschlagenen institutionellen Wege.*
4. *Erörtern Sie, warum europäische Fluglinien eine Sonderbehandlung außereuropäischer Anbieter ablehnen.*

6. Artikel/Grafik: Nichts aus dem Fall Teldafax gelernt (07.10.2011)

Im Kampf um Stromkunden kalkulieren viele Billiganbieter – trotz der aktuellen Pleite des Unternehmens Teldafax – weiterhin ihre Preise unterhalb der Beschaffungskosten, um sich Marktanteile zu sichern. Experten erwarten dementsprechend weitere Insolvenzen in der nahen Zukunft und warnen Kunden vor gefährlichen Lockangeboten.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“, „Wettbewerbsstrukturen“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Ermitteln Sie wesentliche Informationen zum Insolvenzfall Teldafax. Legen Sie die Ursachen dar.*
2. *Erläutern Sie, inwiefern einige Anbieter im Strommarkt bis dato keine Lehren aus dem Teldafax-Fall gezogen zu haben scheinen.*
3. *Fassen Sie die im Artikel vorgestellten Bewertungen der beschriebenen Geschäftsmodelle zusammen. Geben Sie auch in diesem Zusammenhang aufgestellte Prognosen wieder.*

4. *Entwickeln Sie auf der Basis der vorliegenden Informationen einen knappen Leitfaden für Stromkunden, in dem Sie wesentliche Aspekte, die bei der Auswahl eines Stromanbieters berücksichtigt werden sollten, aufführen.*

7. Artikel: Atomausstieg: Der deutsche Kurs stößt international auf Skepsis (11.10.2011)

Eine Befragung des Weltenergierates unter Experten aus 21 Ländern bestätigt, dass die in Deutschland eingeleitete Energiewende im Ausland weiterhin auf große Skepsis trifft. In aller Regel erwarten die Befragten Probleme hinsichtlich der entstehenden Kosten sowie der Versorgungssicherheit.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“, „Perspektiven der Weltenergieversorgung“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Erklären Sie, inwieweit die deutsche Energiewende im internationalen Kontext einen Einzelfall darstellt. Verdeutlichen Sie Ihre Ausführungen am Beispiel Atomausstieg.*
2. *Geben Sie die Bewertungen der 21 befragten Experten aus aller Welt wieder. Legen Sie dar, worin diese die wesentlichen Vorteile und Risiken des deutschen Sonderweges sehen.*
3. *Diskutieren Sie, inwieweit eine Übertragung des deutschen Ansatzes auf andere Länder (ganz oder teilweise) realistisch erscheint. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

8. Artikel/Grafik: Energiewende zum halben Preis (11.10.2011)
9. Artikel/Grafik: Preise für Ökostrom steigen 2012 (13.10.2011)

Aktuell werden die Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien festgelegt. Die Stromverbraucher zahlten für erneuerbare Energien eine Umlage, die in 2011 bislang 3,53 Cent je Kilowattstunde Strom betrug (zuvor 2,047 Cent) und nun geringfügig angehoben wird. Viele Unternehmen sind aber von der Umlage befreit. Die EEG-Umlage belief sich 2010 auf 13 Milliarden Euro. 2005 waren es erst 4,4 Milliarden Euro. Die Steigerung spiegelt den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien hierzulande wider und sorgt gleichzeitig für erneute Diskussionen bzgl. der zukünftigen Ausgestaltung des gesamten Systems.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Fassen Sie die Regelungen der Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland zusammen. Benennen Sie diejenigen Akteure, die die damit einhergehenden Kosten tragen.*

2. *Erläutern Sie, inwieweit und aus welchen Gründen sich die Einspeisevergütungen seit Beginn 2011 verändert haben.*

3. *Arbeiten Sie heraus, welche Wirkungen die Regelungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland gezeitigt haben. Belegen Sie Ihre Ausführungen anhand von Zahlen.*

4. *Geben Sie die Bewertungen der derzeitigen Regelung aus Sicht von Branchenvertretern und Kritikern wieder. Stellen Sie deren Kernargumente einander gegenüber.*

10. Artikel/Grafik: Russlands ranghöchster Gasverkäufer (12.10.2011)

Die russische Regierung bemüht sich aktuell verstärkt darum, Lieferverträge für Gas und Öl mit China abzuschließen. Dabei haben sich jedoch die Gewichtsverhältnisse der Verhandlungspartner in den letzten Jahren deutlich verändert.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Arbeiten Sie die Interessen Russlands bzgl. des Abschlusses von Gas- und Öl-Lieferverträgen mit China heraus. Benennen Sie die wesentlichen Zielsetzungen Putins in diesem Zusammenhang.*

2. *Erläutern Sie, inwieweit sich die Gewichtsverhältnisse der beiden Verhandlungspartner in den letzten Jahren verändert haben. Beschreiben Sie die hieraus resultierenden Auswirkungen für die derzeitigen Verhandlungen.*

3. *Erörtern Sie Wirkungen der Verhandlungen für die europäischen Staaten. Überprüfen Sie mögliche Folgen für diese, sollte ein umfassender Vertrag zwischen Russland und China geschlossen werden.*

Schmutziges oder ethisches Öl?

In Kanada und den USA nehmen die Proteste gegen die Nutzung und den Transport von Ölsand zu.

Das rhythmische Trommeln und der schrille Gesang der Indianer liegen über dem Rasen vor dem Parlament in Ottawa. Fast 1.000 Menschen haben sich in Kanadas Hauptstadt eingefunden. Sie demonstrieren gegen eine geplante Pipeline, mit der aus Sand gewonnenes Öl aus Kanada in die USA transportiert werden soll.

„Unser Land wird niemals wieder so sein wie früher“, sagt eine Indianerin aus Nord-Alberta. Ihre Gemeinde hatte vor wenigen Monaten unter einem Pipelineleck zu leiden. Maud Barlow, Vorsitzende des Bürgerverbands „Council of Canadians“, nennt Öl aus Teersand „das schmutzigste Öl der Welt“. Kanada hat reiche Vorkommen an Ölsand – und über dessen Nutzung wird immer lauter und heftiger diskutiert.

In den USA und Kanada arbeiten Umweltverbände gegen das „schmutzige Öl“. Die Industrie und die Regierung Kanadas sprechen dagegen vom „ethischen Öl“, das Lieferungen aus undemokratischen Staaten vorzuziehen sei. Der Streit dreht sich jetzt um den Bau einer Pipeline von Albertas Ölsandfeldern bis zu den US-Raffinerien. Die US-Regierung will bis zum Jahresende über das sieben Milliarden Dollar teure Projekt entscheiden.

Kritiker sprechen bei dem „Teersand“ von „schmutzigem Öl“. Sie prangern unter anderem die Landschaftszerstörung und giftige Klärschlammteiche an und verweisen auf Studien über Gesundheitsgefahren für Menschen und Tiere. Für die Industrie und die konservative Regierung, die ihr Land als „Energiesupermacht“ vermarktet, ist Ölsand indes unverzichtbar. Die Kritik beruhe auf Fiktionen, nicht auf Fakten. Öl aus Kanada, einem demokratischen Land mit strikten Umweltregeln, sei „ethischer“ als Öl etwa aus Saudi-Arabien, heißt es.

Auch in den USA stehen sich Ölsandbefürworter und -kritiker gegenüber. In den sechs US-Staaten, durch die die Keystone Pipeline laufen soll, fanden Anhörungen statt. Die Entscheidung der US-Regierung, ob die Pipeline im nationalen Interesse ist und gebaut werden soll, soll im Dezember fallen.

Sieben Milliarden Dollar teuer und 2.600 Kilometer lang soll die unterirdische Pipeline des Unternehmens Trans-Canada sein. Durch das Röhrensystem sollen ab 2013 täglich bis zu 830.000 Barrel Rohöl aus Kanadas Ölsandregion in die am Golf von Mexiko liegenden Raffinerien fließen. Ein Barrel sind 159 Liter. Die energiehungrigen USA sind bereits heute Hauptabnehmer kanadischen Öls. Mit Ressourcen von 175 Milliarden Barrel, die mit heutiger Technologie wirtschaftlich abgebaut werden können, ist Kanada eines der ölreichsten Länder der Welt. Davon liegen 170 Milliarden Barrel im Ölsand, einem Gemisch aus dem dickflüssigen, teerartigen Bitumen, Sand und Ton.

Doch auch bei den US-Demokraten gibt es Widerstand gegen die Pipeline. Kritiker rügen, damit wachse die Abhängigkeit der USA von Ölsand. Selbst im konservativen Nebraska regt sich Protest, streift die Pipeline doch ein Gebiet, in dem der „Ogallala Aquifer“ liegt, ein riesiges Grundwasserreservoir. Allerdings hat die vorläufige Bewertung durch die Energieabteilung des US-Außenministeriums keine grundsätzlichen Einwände gegen das Projekt enthalten. Damit rückt die Genehmigung Obamas näher.

Für die Zustimmung Obamas spricht auch, dass laut Trans-Canada mit dem Pipelinebau 20.000 Arbeitsplätze in den USA geschaffen werden. Kanadas Premierminister Stephen Harper ist daher zuversichtlich. „Der Energiebedarf der USA ist enorm und die Alternativen für die USA sind nicht gut“, meint Harper. Dennoch hat er seinen Botschafter Gary Doer aus Washington in die US-Provinz geschickt, damit dieser dort für die Pipeline wirbt.

Quelle: Braune, G., Handelsblatt, Nr. 191, 04.10.2011, 29

Nabucco-Projekt ist gescheitert

Nun diskutieren Energieexperten über Europas Erdgasimporte der Zukunft.

Es könnte die letzte Arie in der langen politischen Oper um das Pipeline-Megaprojekt Nabucco ankündigen: Deutsche und russische Energieexperten haben gestern das Rohrleitungsvorhaben als unrealistisch bezeichnet, das erstmals die reichen Gasreserven um das Kaspische Meer unter Umgehung Russlands an Europa anbinden sollte. Damit aber stellt sich angesichts der durch mehr Klimaschutz und den Atomausstieg notwendigen Erdgasimporte die Frage: Soll Europa noch mehr Gas aus Russland kaufen oder verstärkt auf den sich rasant entwickelnden Markt von Flüssiggas setzen?

Die Nabucco-Pipeline, die unabhängig von Russland Erdgas aus dem kaspischen Raum nach Europa transportieren soll und von der EU-Kommission politisch gefördert wird, sei ein Projekt, das nicht realisiert werde. Das sagten gestern übereinstimmend mit russischen Energiefachleuten Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena), und Claudia Kempfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), bei einer Videokonferenz zwischen Moskau und Berlin.

Die Lage habe sich grundlegend verändert, weil der Essener Energiekonzern RWE, der bisher einer der Hauptbeteiligten bei Nabucco ist, mit dem russischen Gasanbieter Gazprom über die künftige Zusammenarbeit verhandele. Gazprom will noch mehr russisches Erdgas nach Europa liefern und dazu über die Gesellschaft South Stream eine Pipeline durch das Schwarze Meer legen und damit in Konkurrenz zu Nabucco treten.

Kohler und Kempfert riefen dazu auf, „ein Gemeinschaftsprojekt zu realisieren“: Also eine Pipeline, an der sowohl die an Nabucco beteiligten Firmen als auch die Interessenten von South Stream kooperierten. Gazprom dürfe an dieser gemeinsamen Rohrleitung aber keine Mehrheit bekommen.

Im Gegensatz zu Kohler, der Europas steigenden Erdgasbedarf verstärkt aus Russland decken will, setzt Kempfert bei der von der EU angestrebten Diversifizierung ihrer Erdgaslieferanten vor allem auf eine andere Alternative: Flüssiggas (LNG). Die EU, deren Energiekommissar Günther Oettinger gerade die Förderung des Baus eines Flüssiggas-Terminals im Baltikum angekündigt hat, solle „die Dynamik der sich rasch entwickelnden LNG-Märkte nutzen und mehr Terminals bauen“, forderte Behrooz Abdolvand, Energieexperte der Freien Universität Berlin. Er rechnet mit einer „Revolution an den Gasmärkten“. Deshalb müsse Russland seine bisher an den Ölpreis gekoppelten Gastarife abschaffen, wie das inzwischen auch Eon und RWE von Gazprom verlangen. Stattdessen würden sich flexiblere, sogenannte Spotmarkt-Preise wie im LNG-Sektor durchsetzen.

Dazu sei „niemand bereit“, sagte Tatjana Mitrowa vom Institut für Energiestudien. „Die Diversifizierung europäischer Gasimporte soll auf dem Rücken Russlands stattfinden“, kritisierte sie. „Aber es gibt keine reale Alternative zu mehr russischem Erdgas in Europa.“

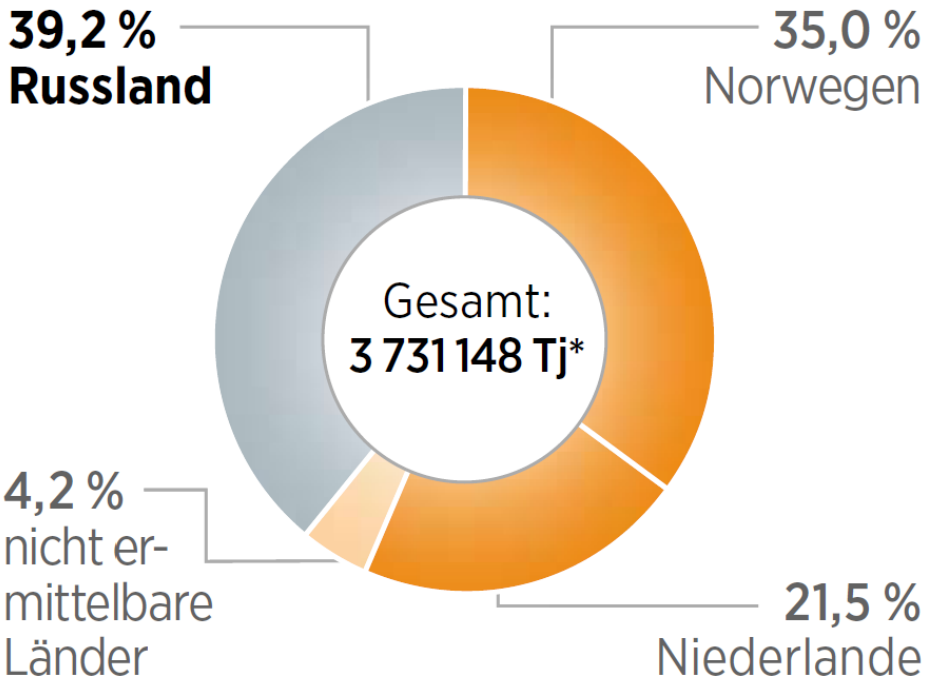
Gazprom in Europa zurückzudrängen, „das ist die Strategie der EU“, sagte Leonid Grigorjew von der Russischen Energie-Agentur. Mit den Durchsuchungen bei europäischen Versorgern und Gazprom Germania vorige Woche habe die EU-Kommission den Kreml-Konzern „einschüchtern“ wollen. Die EU-Wettbewerbshüter verdächtigen die Firmen, Märkte aufgeteilt, Preise abgesprochen und Konkurrenten behindert zu haben.

Energieexperte Abdolvand, der für mehr LNG-Käufe in Europa eintritt, warf eine andere Frage zu künftigen Monopolen auf: Während heute Gazprom den europäischen Gasmarkt stark dominiere, würden künftig mit BP und Exxon Mobil Energiemultis den europäischen Markt beherrschen. Beide bauten derzeit massiv ihre LNG-Kapazitäten aus und seien dabei, Marktanteile in Europa zu erobern.

Quelle: Brüggmann, M., Handelsblatt, Nr. 193, 06.10.2011, 16

Woher das Gas kommt

Deutsche Erdgasimporte



*Tj = Terajoule - eine eindeutige Umrechnung in Kubikmeter ist wegen des unterschiedlichen Energiegehaltes von Erdgas aus den verschiedenen Fördergebieten nicht möglich.

Handelsblatt | Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Handelsblatt Nr. 193 vom 06.10.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Bad Bank für die Atomkraft

Mit der Energiewende sind die Reaktoren, die bislang satte Gewinne abwarfen, für die Betreiber zur großen Belastung geworden. Mit einer Ausgliederung könnten Eon, RWE, EnBW und Vattenfall die Bilanzen entlasten.

Jahrzehnte lieferten die Kernkraftwerk Biblis A und B in Hessen, Isar 1, Philipsburg 1 und Neckarwestheim 1 in Süddeutschland sowie Unterweser, Krümmel und Brunsbüttel im Norden ihren Betreibern phantastische Gewinne, doch seit März stehen die Reaktoren nur noch nutzlos herum. Für Eon, RWE, EnBW und Vattenfall sind sie nur noch eine große Last. Der Rückbau wird langwierig und teuer. Und in den kommenden elf Jahren werden neun weitere Anlagen abgeschaltet.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die folgende Energiewende in Deutschland haben die Energiekonzerne in eine ernste finanzielle Klemme gebracht. Die zuverlässigen Cash-Flows sind weggebrochen, die Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung der Anlagen belasten die Bilanzen mit rund 30 Milliarden Euro.

Die Konzerne kämpfen deshalb verzweifelt um ihre Kreditwürdigkeit. Die Ratingagentur Moody's strafte Eon gestern mit Blick auf den Atomausstieg ab und nahm ihre Einstufung von A2/Prime-1 auf A3/Prime-2 zurück. Damit liegt Eon nur noch knapp im A-Bereich. Der Hauptkonkurrent RWE war schon im Sommer entsprechend heruntergestuft worden. Für die Energiekonzerne ist das fatal. Damit wird für sie nicht nur die Kapitalbeschaffung teurer. Mit einem Rating im „B“-Bereich hätten vor allem die Handelstöchter Probleme, ihre milliardenschweren Trading-Geschäfte umzusetzen. Die Handelspartner pochen schließlich auf eine gute Bonität – viele setzen ein „A“-Rating in den teuren Geschäften voraus.

Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der Gewerkschaft IG BCE, sorgt sich vor diesem Hintergrund um die Zukunft der großen Energiekonzerne und die Energiewende. Ohne die großen Energieversorger sei ein Gelingen der Energiewende kaum vorstellbar. Heute sei deren Investitionsfähigkeit aber eingeschränkt, zudem würden Investitionen aus betriebswirtschaftlicher Rationalität vor allem im Ausland getätigt: „Wir wollen Investitionen in erneuerbare Energien in Deutschland“, sagte er dem Handelsblatt.

Er unterstützt deshalb die Pläne, eine Stiftung für die deutschen Kernkraftwerke zu prüfen. Das Vorhaben ist ebenso spekatulär wie politisch heikel. Nur wenige Führungskräfte aus der Energiebranche und Politiker sind eingeweiht. Nach Informationen des Handelsblatts arbeitet die Investmentbank Lazard aber schon seit Wochen an einem entsprechenden Modell. Vertreter von Lazard wollen sich auf Anfrage nicht äußern.

Informierten Kreisen zufolge sieht der Plan in seinen Eckpunkten so aus:

- Die Energiekonzerne lagern – auf freiwilliger Basis – ihre Atommeiler in eine staatliche Stiftung aus.
- Die Stiftung übernimmt die Risiken, die im Zusammenhang mit dem nötigen Rückbau der Meiler und der Endlagerung des Atommülls auf den Konzernen lasten – der Barwert dieser Risiken beträgt etwa 28 Milliarden Euro.
- Im Gegenzug erhält die Stiftung die Einnahmen, die den Konzernen bis 2022 aus den Reststrommengen der Meiler zufließen – deren Barwert beläuft sich auf etwa 15 Milliarden Euro.
- Für die Differenz, also rund 13 Milliarden Euro, unterzeichnen die Konzerne Schuldscheine, die sie mit Investitionen in erneuerbare Energien abgelten können. Dabei wird ihnen aber nicht die Gesamtinvestition erstattet, sondern nur der Teil, der nach heutigem Stand der Technik unwirtschaftlich ist. Damit ergäben sich Investitionen in grüne Energieformen mindestens „in Höhe eines hohen zweistelligen Milliardenbetrages“, sagte ein Manager, der mit den Plänen vertraut ist.

Als Vorbild für die Pläne dient die 2007 gefundene Lösung für die Abwicklung des deutschen Steinkohlebergbaus. Die RAG, die ehemalige Ruhrkohle, steckte damals in einem ähnlichen Dilemma wie heute die Energiekonzerne. Die lukrativen Bereiche, insbesondere die Chemiesparte, mussten für die langfristigen Schäden des Kohlebergbaus haften. Nach zähem Ringen wurden der auslaufende Bergbau und die Deckung der langfristigen Lasten von der RAG-Stiftung übernommen. Die wirtschaftlichen Bereiche wurden in den Mischkonzern Evonik überführt, dessen Dividenden und Aktien zur finanziellen Ausstattung der RAG-Stiftung dienen sollen.

Klar ist, dass das aktuelle Vorhaben politisch äußerst heikel ist – wie übrigens damals auch die Gründung der RAG-Stiftung. Klar ist aber auch, dass es eine elegante Lösung der Energieprobleme beinhaltet. „Politik und Unternehmen sollten prüfen, ob sie sich auf ein Bündnis zum wechselseitigen Vorteil einlassen können“, sagt IG-BCE-Chef Vassiliadis. Es dürfe aber keine einseitigen wirtschaftlichen Vorteile für die großen Versorger geben.

„Wenn überhaupt, dann hat eine solche Stiftung nur dann eine Chance, wenn die Energiekonzerne sie ausreichend ausstatten“, sagt ein mit den Plänen vertrauter Manager. Die Konzerne hätten aber, trotz den Nullsummenspiels, einen Vorteil: Ihre Bilanzen würden mit den Risiken aus dem Rückbau der Meiler um einen Posten entlastet, der ihnen den Zugang zum Kapitalmarkt enorm erschwert.

Noch sind viele Fragen offen, vor allem im Steuer- und Atomrecht. Aber ein Unterstützer betont: „Bei der Ruhrkohle ist auch etwas gelungen, was jahrelang als unmöglich galt.“

In Baden-Württemberg werden entsprechende Pläne konkret geprüft. Die rot-grüne Landesregierung will den teilstaatlichen Energiekonzern EnBW zum grünen Vorzeigekonzern umbauen – und sich Partner unter Regionalversorgern zu suchen.

Diese würden aber von den Altlasten in der Kernenergie abgeschreckt, sagt ein mit den Überlegungen in Baden-Württemberg Vertrauter. Die EnBW könnte deshalb – auch unabhängig davon, ob es eine große Lösung für die gesamte Branche gibt – die Kernkraftwerke in eine Stiftung ausgliedern, eine „schwarze EnBW“. Die „weiße EnBW“ könnte sich dann auf das Zukunftsgeschäft konzentrieren.

Quelle: Flauger, J./Reuter, W./Buchenau, M., Handelsblatt, Nr. 193, 06.10.2011, 22

Pläne für Atomstiftung stoßen auf Skepsis

Die Opposition reagiert geschockt, die Branche reserviert.

Die Pläne für eine Ausgliederung der deutschen Atomkraftwerke in eine Stiftung hat gestern Politik und Energiebranche aufgeschreckt. Politiker der Regierungsfraktionen bewerteten sie skeptisch, Vertreter der Opposition wiesen sie entschieden zurück. Branchenvertreter und Gewerkschafter zeigten sich aufgeschlossen, aber kritisch.

„Ich bin sehr skeptisch“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Georg Nüßlein. „Es darf nicht das Anliegen sein, die Kosten auf die Allgemeinheit zu verlagern.“ Die Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, sprach von einem „durchschaubaren Plan“: „Diese Stiftung mit den ausgelagerten Risiken führt dazu, dass Eon und RWE Geld geschenkt wird – und zwar im großen Stil.“ SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber bezeichnete die Idee als „dreistes Bubenstück“.

Wie das Handelsblatt gestern berichtete, diskutieren Führungskräfte der Atombranche und Politik derzeit einen Geheimplan, nach dem die Kernkraftwerke in eine Stiftung ausgegliedert werden könnten. Das soll die Bilanzen von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall entlasten, im Gegenzug aber den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Erarbeitet wird das Modell von der Investmentbank Lazard.

„Die Idee ist uns bekannt. Wir sehen eine Reihe von rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen, die einer genauen Prüfung bedürfen würden“, sagte ein Eon-Sprecher.

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), zeigte sich für Diskussionen offen: „Wir müssen uns diese Vorschläge jetzt erst einmal genau anschauen“, sagte er. Die Stadtwerke dürften nicht benachteiligt werden.

Die Gewerkschaften sind aufgeschlossen. Sven Bergelin, der die Fachgruppe Ver- und Entsorgung bei Verdi leitet, sprach von einem „interessanten Modell“, das sich Verdi jetzt genau anschauen werde. Zuvor hatte bereits der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis den Vorstoß begrüßt.

Quelle: Gillmann, B./Delhaes, D./ Flauger, J./ Anger, H., Handelsblatt, Nr. 194, 07.10.2011, 25

Klimapolitik: Gutachten stärkt EU gegen Kläger

Der EuGH wird die Klage von US-Fluglinien gegen die Klimapolitik der EU wohl abweisen. Damit droht der Kampf über Europas Lufthoheit zu eskalieren.

Die Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs hält die Einbeziehung internationaler Fluglinien in den CO_2-Emissonshandel der EU für rechtens. Das geht aus ihrem Plädoyer vor dem EuGH hervor. Die Einschätzung ist umso bedeutsamer, als die Richter der Generalanwaltschaft in den allermeisten Fällen folgen. Mit der sich so abzeichnenden Klageabweisung droht der Streit zwischen der EU und internationalen Partnern wie den USA, China und Russland zu eskalieren. Sie haben angekündigt, das europäische Vorhaben zu torpedieren, und Gegenmaßnahmen angedroht.

Gegen die EU-Gesetzgebung klagen der US-Luftverkehrsverband sowie die Fluglinien American Airlines, Continental Airlines und United Airlines. Das Urteil wird in wenigen Monaten erwartet. Von 2012 an sollen alle Fluggesellschaften, die in der EU starten und landen, in das Handelssystem für Emissionen einbezogen werden. Bislang gilt das System nur für die Industrie.

Ziel der Abgabe ist es, den Ausstoß des Treibhausgases CO_2 zu senken. 2012 erhalten die Airlines noch 85 Prozent der Zertifikate umsonst, ab 2013 noch 82 Prozent. Für den Rest müssen sie Verschmutzungszertifikate kaufen. EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard rechnet für die Verbraucher mit Zusatzkosten pro Ticket für einen Langstreckenflug von maximal zwei bis zwölf Euro.

Während unter anderem die USA, China, Brasilien, Japan und Russland die Neuregelung nicht akzeptieren wollen, befürchten europäische Fluglinien Wettbewerbsverzerrungen, wenn internationale Konkurrenten nicht die gleichen Belastungen zu tragen hätten wie sie. Anfang November wird sich die Zivilluftfahrtorganisation ICAO mit dem Streit befassen. Interessant wird dann sein, ob die Kritiker einen Schiedsspruch anstreben werden.

Ursache des Widerstands der Fluggesellschaften ist, dass die Branche traditionell selbst in guten Zeiten mit knappen Margen fliegt. So gilt jede zusätzliche Belastung als ernsthafte Bedrohung. Der Finanzdienstleister Thomson Reuters hat vor wenigen Tagen in einer Studie errechnet, dass der Emissionsrechtehandel den Sektor nächstes Jahr mit rund 1,1 Milliarden Euro belasten würde – angesichts des vom Branchenverband IATA prognostizierten schmalen Gewinns ein schmerzhafter Betrag. Bis 2020 könnte sich diese Summe auf 10,4 Milliarden Euro erhöhen.

Der Start des Handels 2012 fällt in ein Jahr, das für die Branche aller Voraussicht nach wirtschaftlich sehr schwierig werden wird. Schon jetzt deuten viele Indikatoren auf eine neue Krise in der Luftfahrt hin. Die IATA erwartet, dass die Gewinne aller Fluglinien rund um den Globus dann von 6,9 auf 4,9 Milliarden Dollar fallen werden.

Nun versucht die EU-Kommission mit ausländischen Fluggesellschaften Kompensationsmaßnahmen zu verhandeln, wenn sie sich nicht am Emissionshandel beteiligen. Käme es zu keiner Einigung, drohten im Extremfall Flugverbote in der EU. Zum Schwur, fürchten Diplomaten, könnte es im April 2013 kommen. Dann wird die Kommission anhand der 2012 geflogenen Meilen den Fluglinien die Rechnung aufmachen: Wer mehr als die ihm kostenlos zustehenden Zertifikate verflogen und keine dazugekauft hat, muss zahlen. Dann drohen Strafen bis zu 100 Euro pro Tonne CO_2.

Keinesfalls will sich die EU-Kommission dem Druck aus den Drittländern beugen. Die Generalanwältin des EuGH stärkt Brüssel den Rücken. Denn sie stellt fest, dass sich die Kläger „grundsätzlich nicht auf die angeführten internationalen Abkommen und das Völkergewohnheitsrecht berufen können.“ Ein Flugplatz im Hoheitsgebiet der EU als Start- oder Zielort sei ein hinreichender territorialer Anknüpfungspunkt, um den Flug ins EU-Emissionshandelssystem einzubeziehen.

Die Attacken von Airlines und Drittstaaten auf die EU seien politisch motiviert, sagt der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese: „Diese Kraftprobe sollte Europa unbedingt gewinnen.“

Quelle: Koenen, J./Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 194, 07.10.2011, 25

Nichts aus dem Fall Teldafax gelernt

Eine aktuelle Studie zeigt: Die Billiganbieter auf dem Strommarkt kämpfen weiterhin mit nicht kostendeckenden Preisen um Kunden.

Auch nach der Pleite von Teldafax tobt auf dem deutschen Strommarkt ein ruinöser Preiskampf. Viele Energiediscounter versuchen, mit nicht kostendeckenden Tarifen möglichst schnell zu wachsen. Mittelfristig drohen deshalb weitere Firmenzusammenbrüche. Zu diesem Fazit kommt die Unternehmensberatung A.T. Kearney in einer aktuellen Studie, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. „Die Billigstromanbieter haben keine Lehren aus der Pleite von Teldafax gezogen“, sagt A.T.-Kearney-Partner Hanjo Arms.

Teldafax musste im Sommer Insolvenz anmelden. Das Unternehmen war bis dahin der größte, von den etablierten Stromkonzernen unabhängige Anbieter auf dem deutschen Markt. Obwohl die Firma erst im Jahr 2007 in den Energiemarkt eingestiegen war, lockte sie in ihrer besten Phase knapp 800.000 Kunden an. Allerdings agierte das Management nicht wie vorsichtige Kaufleute.

Denn Teldafax bot Strom- und Gastarife an, die zumeist unter den eigenen Einkaufspreisen lagen. Das konnte lange Zeit nur funktionieren, weil das Unternehmen rasant wuchs und mit hohen Vorauszahlungen der Kunden die Liquidität sicherte. Letztlich aber brach das Modell zusammen, und Teldafax konnte die Außenstände bei seinen Lieferanten nicht mehr begleichen.

Auch nach der Pleite von Teldafax werden die Listen der Vergleichsportale im Internet von unabhängigen Discountanbietern angeführt, deren Tarife zum Teil mehrere Hundert Euro günstiger sind als die des örtlichen Stadtwerks.

Die Berater von A.T. Kearney haben bei ihrer Analyse festgestellt, dass die Tarife in der Regel bei weitem nicht kostendeckend sind und die Unternehmen eine deutlich negative Rohmarge erwirtschaften. Bei einem typischen Discountpreis von 780 Euro für eine Durchschnittsfamilie mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden lag das Minus bei 40 Euro.

Dabei haben die Berater nur die gut abzuschätzenden Kostenblöcke – Steuern und Abgaben, Netzentgelte und Beschaffungskosten im Großhandel – berücksichtigt. Die internen Vertriebs- und Marketingkosten, die stark schwanken, haben sie noch gar nicht abgezogen.

Mit ihren Lockangeboten sprechen die Discounter viele Kunden an. Die drei größten Anbieter sind seit ihrer Gründung jedes Jahr im Schnitt um mehr als 30.000 Kunden gewachsen. Der Studie zufolge hat 2010 jeder zweite Haushalt, der seinen Stromanbieter wechselte, bei einem unabhängigen Billiganbieter wie Flexstrom, Hitstrom oder Stromio unterschrieben.

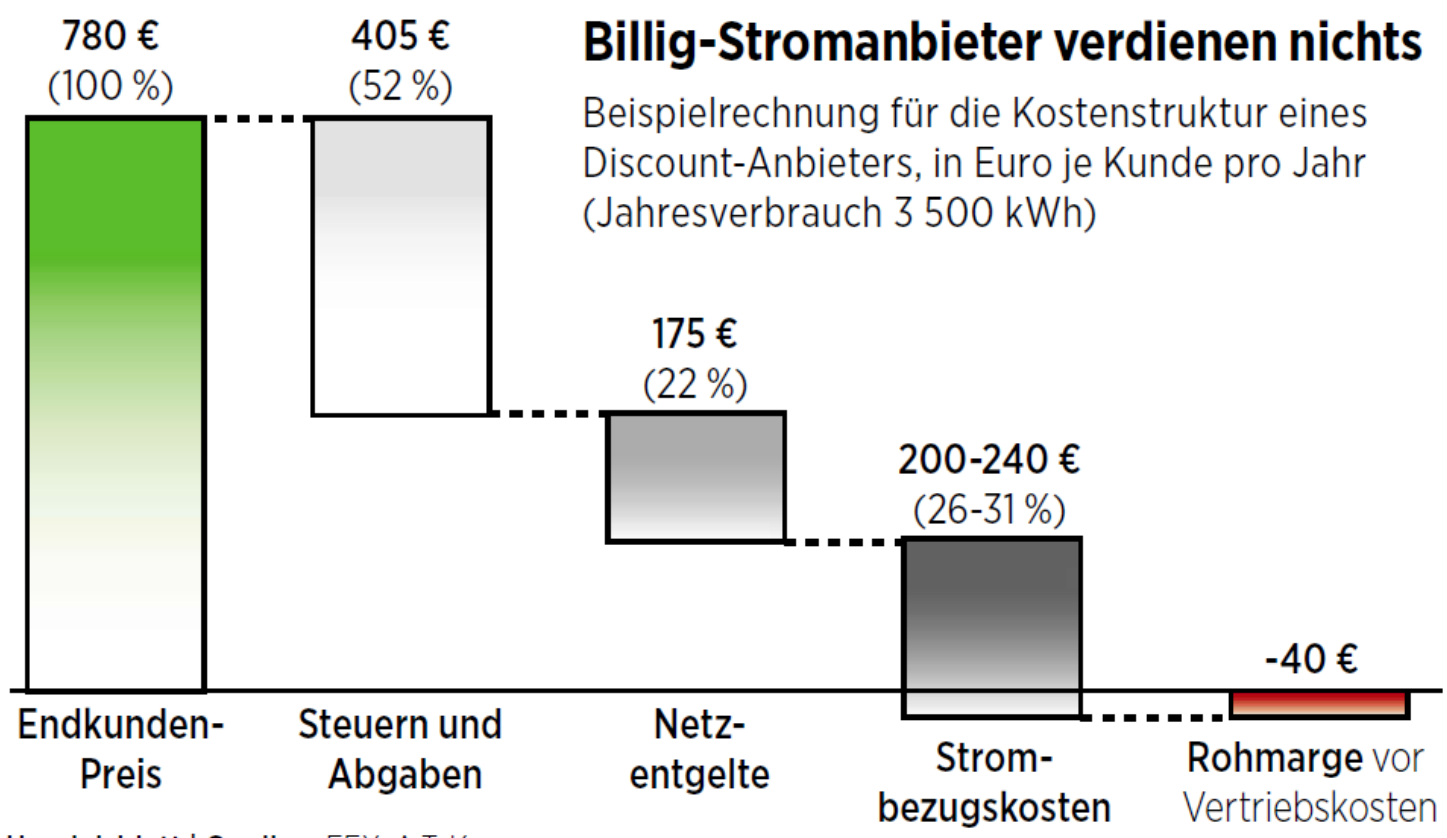
20 Prozent sind zu einem unabhängigen Ökostromanbieter wie Greenpeace Energy oder Lichtblick gewechselt. 30 Prozent wechselten zu einer Zweitmarke der großen Stromkonzerne – beispielsweise Yello von EnBW, E-wie-einfach von Eon und Eprimo von RWE. Nur zehn Prozent wechselten zu einem etablierten Regional- oder Kommunalversorger.

Drei Millionen Haushalte beziehen ihren Strom inzwischen von einem unabhängigen Anbieter, das sind etwa sieben Prozent des Gesamtmarkts. Die Zahl der Newcomer stieg im Jahr 2010 von 25 auf 35. In den kommenden drei Jahren wird sich die Kundenzahl der unabhängigen Anbieter auf rund sechs Millionen verdoppeln, schätzt A.T. Kearney.

Die Energieexperten erwarten jedoch nicht, dass dieser Trend langfristig anhält. „Im Discountbereich sind weitere Marktbereinigungen zu erwarten, sollten die Anbieter nicht zeitnah einen Strategiewechsel einleiten und auf nachhaltig profitable Tarifmodelle umstellen“, lautet ein Fazit der Studie. „Nach wie vor liefern sich die Anbieter einen ruinösen Preiswettbewerb“, sagt Arms.

In der Regel versuchen die Anbieter nach Vertragsschluss die Preise anzuheben. Beispielsweise werden bei Verträgen mit zwei Jahren Laufzeit die anfänglichen Preise nur für die ersten sechs Monate garantiert. „Ob das die Verbraucher aber im großen Stil mitmachen, ist fraglich“, meint Arms. Eine „ungesunde Symbiose“ sieht er in den Vergleichsportalen im Internet: „Die Stromfirmen können nur deshalb so viele Kunden anlocken, weil bestimmte Angebote wie Boni oder Vorauskasse bei den Portalen voreingestellt sind.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 194, 07.10.2011, 28



Billig-Stromanbieter verdienen nichts

Beispielrechnung für die Kostenstruktur eines Discount-Anbieters, in Euro je Kunde pro Jahr (Jahresverbrauch 3 500 kWh)

Handelsblatt | Quellen: EEX; A.T. Kearney

Handelsblatt Nr. 194 vom 07.10.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Atomausstieg: Der deutsche Kurs stößt international auf Skepsis

Das deutsche Wort „Energiewende“ ist längst auch Politikern und Managern in den USA und anderen Teilen der Welt zu einem Begriff geworden. Mit einer Mischung aus Erstaunen und Bewunderung beobachten sie, wie sich ein Industrieland von der Kernkraft verabschiedet und die Vollversorgung durch erneuerbare Energien anstrebt.

Die Zweifel an einem Gelingen des ambitionierten Projektes sind groß. Das belegt eine Befragung des Weltenergierates unter Experten aus 21 Ländern. Keiner der Befragten erwartet, dass Deutschland sämtliche Ziele der Energiewende in der anvisierten Frist erreichen kann. Allerdings halten 62 Prozent der Befragten einzelne Bausteine für nachahmenswert.

„International stehen Experten der Energiewende eher skeptisch gegenüber. Umso wichtiger ist es deshalb, das Projekt zügig und effizient anzugehen, damit sich erste Erfolge einstellen und wir andere so überzeugen“, sagte Jürgen Stotz, Präsident der deutschen Sektion des Weltenergierates, zu den Ergebnissen der Umfrage. Der Weltenergierat versteht sich als energieträgerübergreifendes Netzwerk der Energiewirtschaft und ist in knapp 100 Ländern vertreten.

76 Prozent der Befragten erwarten bis 2020 eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands durch die Umsetzung der Energiewende. Der überwiegende Teil der Befragten erwartet mittelfristig einen Anstieg vor allem der europäischen Strompreise um bis zu 20 Prozent. Außerdem sieht eine Mehrzahl der Befragten erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas. Keiner der befragten Experten hält es für vorstellbar, dass sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte. Zu den nachahmenswerten Bestandteilen der Energiewende zählen die Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten von Fachleuten aus 21 Länderkomitees des World Energy Councils, darunter 14 aus Europa.

Gerade innerhalb Europas war in den vergangenen Monaten bereits Kritik an den Plänen der Bundesregierung laut geworden. Dahinter steht die Befürchtung, dass das Vorgehen Deutschlands die Energiewirtschaft auch in angrenzenden Ländern stark beeinflusst, ohne dass man auf die Entscheidungen der Deutschen einwirken kann. So könnte die geplante Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland zu einer Verknappung des Stromangebotes führen und das Strompreisniveau auch in anderen Ländern Europas nach oben treiben.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 196, 11.10.2011, 13

Energiewende zum halben Preis

Die Umstellung auf erneuerbare Energien verschlingt fast 13 Milliarden Euro. Die Branche rechnet nun vor, dass es auch deutlich billiger geht.

Jahr für Jahr zahlen die Stromverbraucher große Summen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die starken Anstiege der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) haben dabei immer wieder heftige Kritik ausgelöst. Allein im vergangenen Jahr belief sich die EEG-Umlage auf knapp 13 Milliarden Euro, nachdem sie zum Jahresbeginn 2011 von gut 2 Cent je Kilowattstunde Strom auf 3,5 Cent erhöht worden war – eine Steigerung um 70 Prozent.

Am kommenden Freitag wird die Umlage für 2012 bekanntgegeben. In der Branche heißt es, der Wert dürfte voraussichtlich noch höher als in diesem Jahr liegen und damit den Preis für erneuerbare Energien weiter verteuern. Dabei ließen sich allein zwischen 2012 und 2020 mehr als zehn Milliarden Euro einsparen, ohne den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfassende Studie der „100 Prozent erneuerbar“-Stiftung, deren Ergebnisse von der Wissenschaft bestätigt werden.

Damit erfasst das Umdenken bei der Förderung des Ökostroms die Branche selbst: Die Stiftung wird von Privatpersonen getragen, die ihr Geld mit erneuerbaren Energien verdienen. Die Autoren der Studie fordern, den Vergütungssatz für Solar- und Windstrom zu reduzieren und die Höhe der Vergütung stärker an den Standortbedingungen zu orientieren. Ein weiterer Bestandteil der geforderten Reform des Vergütungssystems besteht darin, komplett auf den geplanten Ausbau der Windkraft auf dem offenen Meer zu verzichten. Diese Forderung steht in krassem Widerspruch zu den Plänen der Bundesregierung, die sich von der Offshore-Windkraft viel verspricht.

Die EEG-Förderung ist seit geraumer Zeit in der Diskussion. Kritiker nehmen insbesondere Anstoß an der Höhe der Vergütung für Solarstrom. Nach Ansicht von Fachleuten müssen die erneuerbaren Energien außerdem stärker nach Marktmechanismen funktionieren. Erst Mitte September hatte die Monopolkommission, die die Bundesregierung in Fragen des Wettbewerbsrechts berät, sogar eine Abschaffung der festen Vergütungen gefordert.

Das System der festen Einspeisevergütungen ist Garant für den schnellen Ausbau der Erneuerbaren. Mittlerweile kommen 20 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Das EEG garantiert den Betreibern von Anlagen zur Stromproduktion aus Wind, Sonne, Wasser, Geothermie oder Biomasse über 20 Jahre feste Vergütungssätze für jede Kilowattstunde Strom. Sie liegen teilweise erheblich über den Preisen für konventionell erzeugten Strom, die an den Energiebörsen aufgerufen werden. Die Mehrkosten werden auf alle Verbraucher umgelegt. Ausnahmen gelten für die Industrie.

Eine Abschaffung der Vergütung, wie sie die Monopolkommission fordert, lehnen die Autoren der Stiftungsstudie allerdings ab. Sie fordern, bei einem insgesamt niedrigeren Vergütungsniveau Anlagen an ertragsschwächeren Standorten stärker zu fördern, während im Gegenzug die Anlagen an ertragsstarken Standorten weniger Geld bekommen sollen. Dies soll dazu führen, dass die Anlagen gleichmäßiger über ganz Deutschland verteilt werden. Bislang entstehen beispielsweise neue Windräder überwiegend im Norden und Nordosten Deutschlands, nach den Plänen der Bundesregierung künftig außerdem in großem Stil in Nord- und Ostsee.

Das bringt Probleme mit sich: Weil der Strom überwiegend im Süden und Südwesten des Landes verbraucht wird, klaffen Stromproduktion und -verbrauch räumlich immer stärker auseinander. Das macht den Bau von Höchstspannungsleitungen quer durchs Land unumgänglich. Eine gleichmäßigere Verteilung der Windräder auf Standorte in ganz Deutschland könnte nach Überzeugung der Stiftung große Teile des aufwendigen und teuren Leitungsausbaus überflüssig machen.

Im Vergleich zu den geltenden Bestimmungen des EEG könnte das Modell der Stiftung den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2020 „zur Hälfte der Kosten realisieren“, sagt Jochen Twele von der Hochschule für Technik und Wissenschaft Berlin. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil des aus erneuerbaren Quellen gewonnenen Stroms bis 2020 auf mindestens 35 Prozent und bis 2050 auf mindestens 80 Prozent zu erhöhen.

Kosten der Erneuerbaren

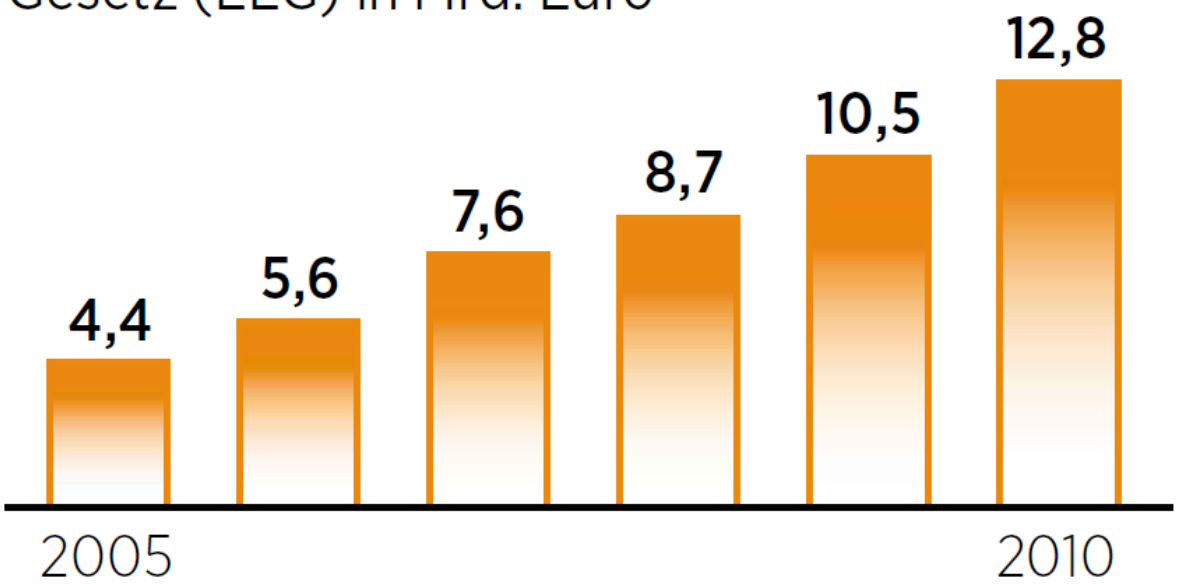
Stiftung Die „100 Prozent erneuerbar“-Stiftung sieht sich als Vorkämpfer für eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Quellen. Sie legt dabei Wert auf volkswirtschaftlich geringe Kosten. Stifter sind Privatpersonen aus der Branche.

Umlage Mit dem Zuwachs der erneuerbaren Energien steigen die Vergütungen. 2005 beliefen sie sich noch auf 4,4 Milliarden Euro, 2010 bereits auf 12,8 Milliarden Euro. 2006 zahlten die Stromverbraucher weniger als einen Cent pro Kilowattstunde für den Ökostrom, in diesem Jahr 3,5 Cent.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 196, 11.10.2011, 12

Drastischer Anstieg

Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Mrd. Euro



Handelsblatt **Quelle:** Übertragungsnetzbetreiber

Handelsblatt Nr. 196 vom 11.10.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Preise für Ökostrom steigen 2012

Die sich abzeichnende Erhöhung der Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien ruft die Kritiker auf den Plan: Politiker von Union und FDP fordern ein schnelles Umsteuern.

Gestern sickerte die Zahl durch, auf die alle gewartet haben: Auf 3,598 Cent je Kilowattstunde Strom werde die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien zum Jahreswechsel steigen, hieß es am Mittwoch in Branchenkreisen. Am Freitag wollen die Betreiber der Übertragungsnetze die künftige Höhe der Umlage offiziell bekanntgeben. Derzeit beträgt sie 3,53 Cent. In der Branche hieß es, man habe alles getan, um den Anstieg moderat ausfallen zu lassen.

Die Höhe der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein Politikum. Die Bundesregierung hatte sich bei den Beschlüssen für die Energiewende im Sommer festgelegt, die EEG-Umlage werde in den kommenden Jahren 3,5 Cent nicht übersteigen. Sie wollte damit Befürchtungen entgegentreten, der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien werde enorme Kosten verursachen. Tatsächlich war die Umlage bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Allein zum Jahresbeginn 2011 kletterte sie um 70 Prozent von 2,047 Cent auf den heutigen Wert von 3,53 Cent. Die Umlage summiert sich für die Verbraucher zu stattlichen Beträgen: 2010 waren es 13 Milliarden Euro.

Nach Ansicht der Energiepolitiker von Union und FDP ist der neuerliche Anstieg der Umlage ein Alarmsignal: „Man muss sich die Frage stellen, ob das Fördersystem nicht umgestellt werden kann“, sagte Klaus Breil, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Breil schlug vor, die Höhe der Vergütung strikt an der Produktivitätssteigerung der Anlagen zu orientieren.

„Mittelfristig brauchen wir grundsätzlich neue Konzepte. Die EEG-Vergütungen dürfen nicht zu einer Dauersubvention werden“, sagte Thomas Bareiß, energiepolitischer Koordinator der Unionsfraktion, dem Handelsblatt. Es müssten „mehr Markt und mehr Wettbewerb ins System“, forderte Bareiß. Zwar habe man mit der jüngsten EEG-Novelle Marktmechanismen eingeführt. Dies könne aber nur ein Anfang sein. „In der kommenden Legislaturperiode muss das Thema ganz grundsätzlich bearbeitet werden“, verlangte Bareiß. Außerdem sei eine stärkere europaweite Abstimmung der Förderung erforderlich.

Mit dem sich abzeichnenden Anstieg der Umlage haben sich schlimmste Befürchtungen allerdings nicht bestätigt. In den vergangenen Wochen hatte es geheißen, ein Anstieg der Umlage auf bis zu vier Cent je Kilowattstunde sei durchaus denkbar. Die Betreiber der Stromübertragungsnetze, die für das Inkasso der Umlage zuständig sind, legen jeweils Mitte Oktober die Umlage für das Folgejahr fest. Sie errechnen den Wert in Zusammenarbeit mit Gutachtern. Ob die Höhe der Umlage am Ende reicht, ist von vielen Unwägbarkeiten abhängig. Ein entscheidender Faktor ist das Ausbautempo bei erneuerbaren Energien. Der Anteil des aus Wind, Sonne, Wasser, Biomasse oder Geothermie gewonnenen Stroms steigt schnell: Im vergangenen Jahr kamen 17 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen, heute sind es bereits 20 Prozent. Da jede

Anlage nach dem EEG feste Einspeisevergütungen bekommt, die teilweise erheblich über den Börsenpreisen für konventionell erzeugten Strom liegen, steigen mit dem Ausbau die Kosten.

Wie schnell der Ausbau vorangeht, können die Übertragungsnetzbetreiber allerdings nicht mit Sicherheit sagen. Um sich ein Polster für Schwankungen zu schaffen, unterhalten die Netzbetreiber eine Liquiditätsreserve, die im kommenden Jahr bei drei Prozent liegen soll. Zuvor war noch von einer Liquiditätsreserve von fünf bis zehn Prozent die Rede. Eine höhere Reserve hätte die Umlage jedoch in die Höhe getrieben. „Es ist alles getan worden, damit die erste Zahl nach dem Komma eine fünf bleibt“, hieß es.

Aus Sicht der Ökostrombranche könnte die Umlage niedriger ausfallen, wenn die Bundesregierung die Ausnahmetatbestände nicht deutlich ausgeweitet hätte. „Die Last wird auf immer weniger Schultern verteilt, die Solidargemeinschaft zur Finanzierung der Energiewende wird immer kleiner“, sagte Björn Klusmann, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE), dem Handelsblatt. Tatsächlich sind mehr und mehr Unternehmen von der Zahlung der EEG-Umlage befreit. „Für diejenigen, die die EEG-Umlage zahlen, wächst dadurch die Belastung“, kritisierte Klusmann deshalb.

Die Förderung erneuerbarer Energien

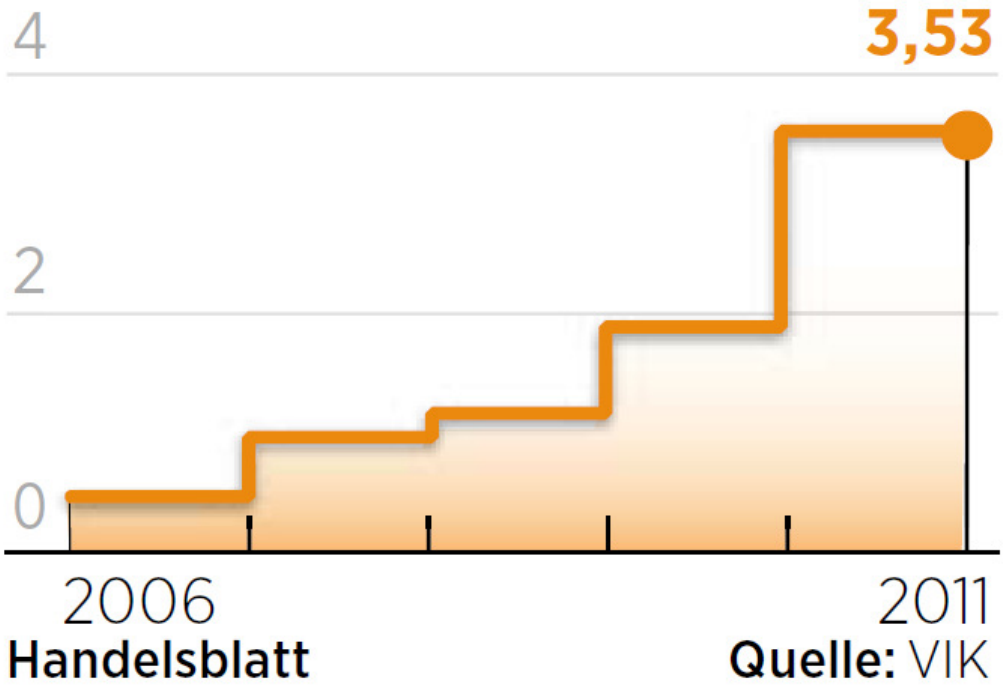
Umlage: Die Stromverbraucher zahlen für erneuerbare Energien eine Umlage, die derzeit 3,53 Cent je Kilowattstunde Strom beträgt. Viele Unternehmen sind aber von der Umlage befreit.

Summen: Die EEG-Umlage belief sich 2010 auf 13 Milliarden Euro. 2005 waren es erst 4,4 Milliarden Euro. Die Steigerung spiegelt den raschen Ausbau der Erneuerbaren wider.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 198, 13.10.2011, 14

Tendenz steigend

Entwicklung der EEG-Umlage in Cent je Kilowattstunde



Handelsblatt Nr. 198 vom 13.10.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Russlands ranghöchster Gasverkäufer

Wladimir Putin schachert mit China um Gaspreise. Wenn Peking künftig mehr für Energie zahlt, könnte es auch für Europa teurer werden.

Russlands Premier Wladimir Putin hat bei einem Besuch in China für einen stärkeren Absatz von Öl und Gas aus dem eigenen Land geworben. Die seit fünf Jahren laufenden Verhandlungen über Gaslieferungen seien in der Endphase, sagte Putin nach einem Treffen mit seinem chinesischen Kollegen Wen Jiabao. „Wer verkauft, will teurer verkaufen, wer kauft, möchte billiger einkaufen. Bisher haben wir aber immer einen Kompromiss erzielt, mit dem beide Seiten zufrieden waren.“

Bereits vor drei Jahren hat Russland die Lieferung von 70 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr nach China zugesagt. Die praktische Umsetzung ist jedoch bisher an Streitigkeiten um Details gescheitert. Putin will die Gespräche bei seinem Besuch offenbar wieder in Gang bringen; zudem dient der Besuch dazu, die Wirtschaftsbeziehungen beider Nationen zu verbessern.

Experten messen der Reise Putins mit großer Delegation und höchsten Ehren zudem einen hohen symbolischen Wert bei. „Der Besuch ist ein Meilenstein in den Beziehungen der zwei Länder“, sagt Dimitri Mosjakow vom Institut für Fernoststudien in Moskau. „Russland wendet sich auf der Suche nach neuen Märkten nach Osten.“ Putin trifft am heutigen Mittwoch auch den chinesischen Premier Hu Jintao. Er wird zudem an der symbolischen Unterzeichnung von Wirtschaftsverträgen mit einem Wert von fünf Milliarden Euro teilnehmen.

Doch einfach wird der Besuch für ihn nicht. Offizielle Vertreter Russlands sitzen in China heute deutlich selbstbewussteren Gesprächspartnern gegenüber als noch vor zehn Jahren. In der Vergangenheit war Russland als Waffenlieferant und als Gegenspieler der USA von großer strategischer Bedeutung. China ist jedoch inzwischen selbst schon fast zum Hochtechnikland aufgestiegen und hat beispielsweise in der Flugzeugtechnik erhebliche Fortschritte erzielt.

Während der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wurde zudem deutlich, wie stark die USA mittlerweile von seinen chinesischen Gläubigern abhängig ist. Als zweitgrößte Wirtschaftsnation steht China heute deutlich stärker als Russland da. Das Zweckbündnis mit Moskau hat für Peking daher an Bedeutung verloren.

Auch für Öl- und Gaslieferungen ist China nicht ausschließlich auf Russland angewiesen. Der Regierung Wen ist es gelungen, zahlreiche neue Partner im Nahen Osten zu gewinnen. Sie hat eine große Zahl langfristiger Lieferverträge abgeschlossen. Die drei großen staatlichen Ölkonzerne Chinas gehören inzwischen zu den größten der Welt – der Umsatz der chinesischen Sinopec ist mehr als zweieinhalbmal so hoch wie der des russischen Gasmonopolisten Gazprom.

Chinas Wirtschaft ist zudem deutlich besser diversifiziert als die Russlands. Das Reich der Mitte bietet alle nur denkbaren Industrieprodukte an und hat in den vergangenen Jahren auch im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Schwerindustrie deutliche Fortschritte gemacht. China hat mit seiner Exportstärke in diesem Jahr sogar Deutschland als wichtigsten Handelspartner Russlands abgelöst. Die Gegenlieferungen sehen dagegen ziemlich einseitig aus: Rohstoffe sind nahezu die einzigen Güter, die Russland nach China exportiert.

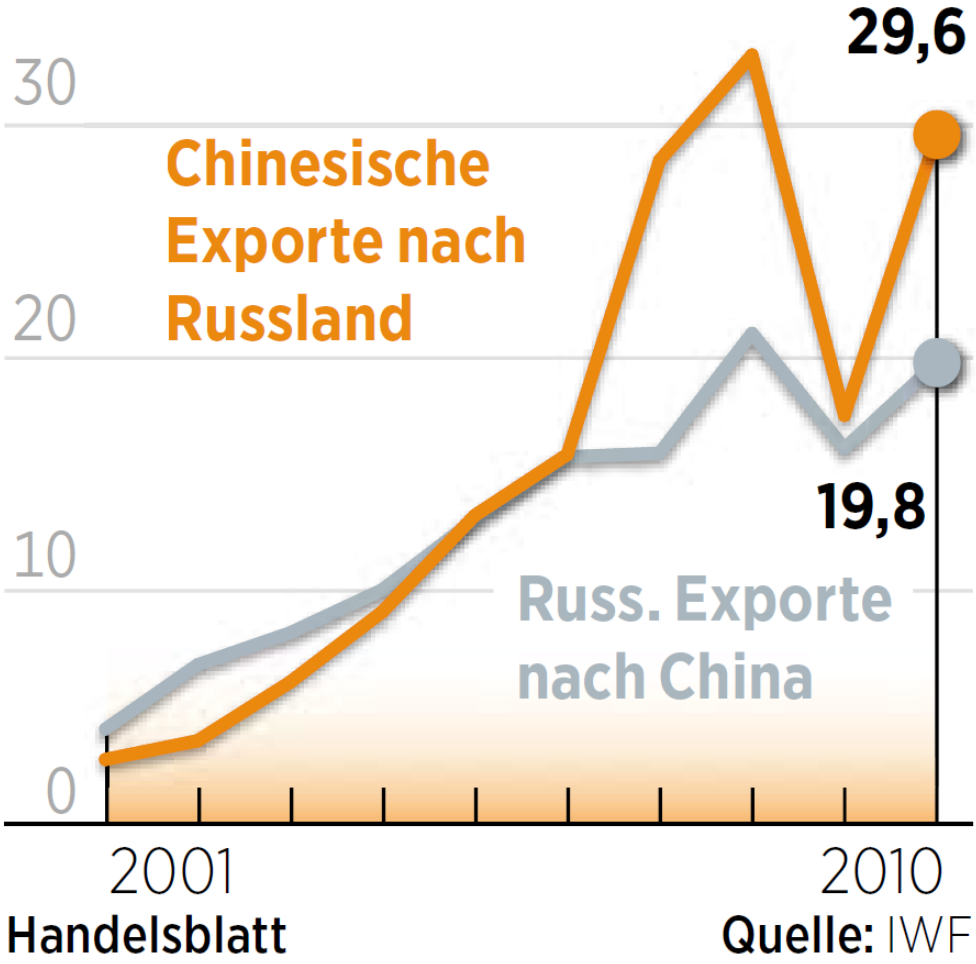
Die Energiegespräche in Moskau haben für Putin auch strategische Bedeutung im Umgang mit den Gasabnehmern in Europa, die immerhin ein Viertel ihres Bedarfs von Russland kaufen. „Wenn der Vertrag mit China schnell zustande kommt, dann ist die Verhandlungsposition des Kreml in Europa deutlich stärker“, sagt Chris Weafer von dem russischen Bankhaus Troika Dialog. Die Chinesen bestehen dagegen umgekehrt auf Preisen, die sich am Niveau der Abkommen mit der EU orientieren.

Doch bisher sieht es so aus, als ob sich die Gasgespräche zwischen Russland und China noch einige Monate oder Jahre hinziehen. Der Energiebedarf Chinas wächst zwar jährlich um etwa zehn Prozent. Doch die selbstbewusste Führung in Peking weiß um ihre Marktmacht und ihren weltweit steigenden Einfluss. Sie wird sich kein schlechtes Geschäft abtrotzen lassen.

Quelle: Mayer-Kuckuk, F., Handelsblatt, Nr. 197, 12.10.2011, 20

Wichtige Partner

Handel zwischen China und Russland, in Mrd. US-Dollar



Handelsblatt Nr. 197 vom 12.10.2011
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.